

Feuchtwangen, 19.1.2011

PRESSEMITTEILUNG

Unsere Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen hat am 10.8.2010 eine Kostenfrage zum Projekt Interfranken an Bürgermeister Ruh gestellt. Am 13.1.2011 haben wir die Antwort erhalten und möchten mit der vorliegenden Pressemitteilung dazu Stellung nehmen.

Wie Joachim Gutekunst betont, stellt sich uns die Frage, weshalb die Beantwortung unserer Fragen 5 Monate gedauert hat. Für uns ist dadurch ersichtlich, dass eine Zusammenstellung der Kosten für das Projekt bei der Stadt Feuchtwangen nicht vorlag. Sowohl Bürgermeister Ruh als auch der gesamte Stadtrat hat ohne Kenntnis der Kosten des Projektes im Laufe des Jahres 2010 wichtige Entscheidungen getroffen um das Projekt weiter vorangetrieben. Dies erfolgte ohne ausreichende Kenntnis der Kosten. Diese Zahlen wären aber als Grundlageermittlung und für die Mitglieder des Stadtrates nötig gewesen und entscheidungsrelevant. Wie wir bei unserer Stellungnahme zu den einzelnen Antworten aufzeigen, ist eine umfassende Kostenschätzung bis heute nicht vorhanden. Dies ist in der Geschichte der Stadt Feuchtwangen einmalig und angesichts der Haushaltslage hoch riskant.

Inhaltlich möchten wir wie folgt Stellung nehmen:

Frage 1 und 2 (Planungskosten und Kredite)

Die Umlagehöhe von 678.499,50 Euro beantwortet nicht unsere Frage nach den bisher angefallenen Kosten. Die Gesamtumlage beinhaltet Investitionsumlage und Verwaltungsumlage. Unsere Frage richtete sich nach den bereits angefallenen Planungs- und Verwaltungskosten und nach dem jährlich anfallenden Zinsanteil für die beanspruchten Kredite für gekaufte Flächen. Nachdem das Jahr 2010 inzwischen verstrichen ist, müssten hier vom Zweckverband aktuelle Zahlen vorliegen, die im Ergebnis evtl. von den Haushalts-Ansätzen abweichen.

Aus den genannten Zahlen 678.499,50 Euro bei 35% lässt sich eine Größenordnung für alle Gemeinden von 1.938570 Euro ableiten. Zusätzlich wurden bisher Kredite in einer Größenordnung von 921.875.- Euro aufgenommen. Damit ergibt sich nur für die Planung eine Summe für alle Gemeinden von bisher ca. 2,9 Mio Euro. Nicht ersichtlich aus den Krediten sind die jährlichen Tilgungsraten incl. der Zinslast. Von Seiten des Zweckverbandes wird es zudem Garantieabsprachen geben müssen (Bau Industriegleis durch privaten Investor, Abwasseranlage...), wie Martin Stümpfig unterstreicht. Hier sind Bürgschaften absehbar, die eine starke finanzielle Bindung verursachen werden.

Angesichts der sehr hohen bisherigen Ausgaben ist es umso kritischer, dass bis heute keine umfassende Kostenschätzung vorliegt.

Frage 3 (Gesamtkosten) :

Stellt man die genannten Kosten für die innere Erschließung in Höhe von 19,5 Mio. € dem Bauland (670.000 m²) gegenüber, so ergibt sich ein Preis von 29,10 €/m².

Preise über 30 €/m² sind in unserer Region kaum konkurrenzfähig. Auf Grund dessen wird innerhalb des Zweckverbandes ein Preis von unter 30 €/m² anvisiert. Die

Argumentation, dass mit dem Verkauf des Baulandes noch Geld verdient werden kann, ist Unsinn, so Martin Stümpfig . Falls jeder Quadratmeter zu 29,80 € verkauft

werden kann, ergeben sich Einnahmen von 19.996.000 €. Im öffentlichen Bereich sind aber Kostenüberschreitungen die Regel. Und angesichts der leeren

Gewerbeflächen in unserer Region, die wie Sauerbier angeboten werden, wäre der Verkauf der gesamten Fläche ein Wunder. An Wunder glauben wir aber nicht.

Vielmehr sagen wir, dass die Planer von Interfranken tief in die Trickkiste gegriffen haben um den Preis unter 30 € / m² zu drücken. Von einer seriösen Finanzplanung

kann hier nicht gesprochen werden: Die Kosten für den Hauptzubringer (AN4 neu) mit über 9 Millionen Euro werden dem Landkreis Ansbach aufgebürdet. Das völlige

Fehlen eines Puffers für die im öffentlichen Bereich üblichen Kostenüberschreitungen ist eigentlich schon verantwortungslos, das Herausrechnen zentraler Kosten des

Projektes aber mehr als unseriös. So sollen weder Maßnahmen für den Lärmschutz, für den als zentral dargestellten Bahnanschluss, für das versprochene Netzwerk von

Umgehungsstraßen, für eine zukunftsorientierte Infrastruktur im Abwasserbereich oder den immer wieder avisierten Autobahnanschluss Aufnahme in die

Kostendarstellung finden. Diese zentralen, aber millionenschweren Aspekte sollen scheinbar entweder gar nicht verwirklicht oder die damit zusammenhängenden

Kosten der Öffentlichkeit erst nach Überschreiten des Umkehrgrenzpunkts in einer Salamtaktik zugemutet werden.

Der Kauf des Gewerbeflächen sind für Investoren auch bei einem Preis von 30 € - verglichen mit Preisen für Gewerbeflächen in der Region – sehr teuer, da zusätzliche

Kosten entstehen für die Nutzung des Bahnanschlusses, dem Bau der Abwasseranlage usw.

Die angesprochenen offenen Fragen um die Kosten des Bahnanschlusses, die Abwasserentsorgung und die Verkehrserschließung (Autobahn) sind zentrale

Aspekte einer Erschließung. Diese bei einer Kostenrechnung zu ignorieren, ist fahrlässig. Zusätzlich finden sich in der derzeitigen Kostenrechnung auch keine

Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Bevölkerung (Lärmschutz, Hochwasserschutz usw.). Man geht hier offensichtlich davon aus, dass die betroffene

Bevölkerung - sollte Interfranken realisiert werden - nicht alle rechtlich durchsetzbaren Schutzmaßnahmen schnellstmöglich einfordern wird.

Der Vorsitzende des Zweckverbandes Herr Beck hat aber auch klargestellt, dass man mit der Vermarktung dieses Gebietes kein Geld verdienen wird und der Nutzen

rein aus den potenziellen Arbeitsplätzen und den möglichen Steuereinnahmen resultiert. Hier besteht anscheinend ein Kommunikationsproblem zwischen

Vorsitzendem und Stellvertreter.

Es gibt zahlreiche Beispiele für Gewerbegebiete, die außer Kosten keinen Erfolg bei der Ansiedlung von Betrieben hatten. Siehe das Gewerbegebiet „Endsee“. Trotz des Standortvorteiles eines Autobahnanschlusses und der Möglichkeit eines Bahnanschlusses. Martin Stümpfig befürchtet deshalb, dass die Stadt Feuchtwangen

sehr große Verluste hinnehmen muss. Eine seriöse Finanzplanung liegt bisher nicht vor.

Zu Frage 4 (Kosten Kreisstraßennetz)

Die Frage der Finanzierung durch den Landkreis ist nicht zu vernachlässigen, da Feuchtwangen als größter Umlagezahler die Finanzierung der Kreisstraßen indirekt zu schultern hat erläutert Joachim Gutekunst. Eine entsprechende Anfrage unserer Kreistagsfraktion beim Landrat im April 2010 hat bisher keine konkrete Antwort ergeben. Hier wurden wir wieder an den Zweckverband verwiesen.

Was hier weiterhin gar nicht berücksichtigt wird, ist der Umstand, dass die AN 4 Neu durch eine Reihe von Umgehungsstraßen ergänzt werden muss, um ihren Erschließungsfaktor für das gesamte Gebiet voll zu gewährleisten.

Umgehungsstraßen für Bergnerzell, Unterampfrach, Schnelldorf und Oberampfrach sind kurz- und mittelfristig im Gespräch. Im Rahmen der Diskussion um die Belastung von Schnelldorf wurde vom Vorsitzenden des Zweckverbandes, Herrn Beck bereits Solidarität bekundet. Besonders bei der immer noch im Raum stehenden „Nord-Umgehung“ (nördlich der Autobahn) würden sich erhebliche Kosten ergeben (ca. 8 Millionen Euro), an denen sich InterFranken ggf. beteiligt. Hier wären dann Feuchtwangen wiederum mit 35 % beteiligt.

Frage 5 (Unterhaltskosten Straßennetz)

Wenn sich die Kosten für eine Instandsetzung wirklich in diesem Rahmen bewegen, warum baut man die AN 4 Neu überhaupt? Selbst eine Sanierung von 25 Kilometern käme dann ja nur auf ca. 1.131.700 Euro. Die neue Kreisstraße bringt aber zusätzliche Straßenkilometer, die ja auch unterhalten werden müssen, - bei einem Gesamtpreis von rund 10 Millionen Euro.

Zu Frage 6 (Gleisanschluss)

Der Gleisanschluss wird als herausragendes Merkmal beworben. Es ist aber zu befürchten, dass das Gleis nie gebaut wird, denn kein Investor wird ohne Garantieerklärung durch InterFranken das Risiko für den Bau von 2.100 m Gleisanlage (3x700 m), Weichen und Unterhalt auf sich nehmen. Der Erstinvestor soll nach den optimistischen Plänen von InterFranken seine Kosten aus dem anteiligen Verkauf des Gleisanschlusses an nachfolgende Investoren decken. Jeder vernünftige Unternehmer wird aber, wenn er sich überhaupt darauf einlässt, das Risiko absichern, sollten weitere Investoren ausbleiben. Die Annahme, dass einer oder mehrere Investoren einen Gleisanschluss finanzieren ist überaus optimistisch. Die Erschließung des Gebietes mit der Schiene ist dadurch nicht gesichert. Kosten entstehen dem Zweckverband in jedem Fall, da Bürgschaften nötig werden. Diese Kosten sind bisher nirgends aufgeführt.

Frage 7 (Autobahnanschluss):

Im Dezember 2010 haben wir vom Landratsamt die verbindliche Auskunft erhalten, dass bei den derzeitigen Planungen (81 ha) kein Autobahnanschluss verwirklicht werden kann. Die Kostenfrage hat sich somit erledigt. Was bleibt ist jedoch der Lärm für unsere Feuchtwanger Bürger in den angrenzenden Ortschaften und für die Bürger der Gemeinden Schnelldorf und Wörnitz. Bei den viel gelobten Infoveranstaltungen im August 2010 wurde aber noch behauptet, dass eine grundsätzliche Zustimmung der Autobahndirektion vorliegt. Wir halten das für eine

Täuschung der Öffentlichkeit, umso mehr da bis heute die betroffenen Bürger über die Änderung der Sachlage nicht informiert wurden.

Frage 8 (Lärm)

In den Unterlagen zu den öffentlichen Auslegungen waren Lärmberechnungen enthalten. Zentraler Kritikpunkt unsererseits sind die Grundlagen dieser Berechnungen. Im ersten Gutachten des Planungsbüros Consult wurde noch mit höheren LKW Zahlen pro ha Gewerbefläche gerechnet (40 – 90 LKW). Im abschließenden Gutachten wurde nur noch mit einem Verkehrsaufkommen von 30 LKW/ ha Gewerbefläche gerechnet. Dies geschieht obwohl vergleichbare Gewerbegebiete 56 LKW/ha Gewerbefläche aufweisen (Langenau). Die geschönte Lärmberechnung ergibt trotzdem noch Überschreitungen der 16. BImSchV an zahlreichen Immissionsorten (Wörnitz-Siedlung, Oberampfrach, Unterampfrach, Bergnerzell). Eine realistische Lärmberechnung mit Verkehrszahlen um 60 LKW / ha würde massive Überschreitungen der Lärmrichtwerte ergeben. Als Grund für die niedrigen LKW-Zahlen wird auf die Datengrundlage des Fraunhofer-Instituts verwiesen. Im Gutachten des Instituts wird aber ohne eine weitere Erläuterung nur die Zahl genannt. Martin Stümpfig ist deshalb der festen Überzeugung, dass die Zahlen bestehender vergleichbarer Gewerbegebiete weitaus realistischer wären. Hier würden sich jedoch weitaus höhere Lärmschutzkosten ergeben. Zu Lasten der Anwohner soll hier gespart werden.

Frage 9 (Abwasserentsorgung):

Die Antwort ist selbst bei optimistischer Betrachtung unstimmtig, denn sollte InterFranken wirklich durch Ansiedlungen zum Bau einer eigenständigen Abwasserentsorgung genötigt werden, muss diese dann für das Gesamtgebiet ausgelegt sein. Hier steht immer noch die Frage nach der wirklichen Flächenplanung (81 ha / 165 ha oder 250 ha) im Raum. Überbrückungskosten, Zinsen usw. fallen aber auf jeden Fall an. Gleichzeitig fehlt eine Kostenaufstellung über die derzeitig angedachte Umsetzung eines Anschlusses an einen Ortsteil von Schnelldorf. Umsonst legen sich die Leitungen sicherlich nicht!

Frage 10: Einnahmen durch Grundstücksverkauf

Ihrer Antwort entnehmen wir, dass sie von ihrer früheren Aussage „alle Investitionen werden auf den Kaufpreis umgelegt“ Abstand nehmen und dies in dieser Form nicht mehr garantieren können. Zum Punkt 3 haben wir bereits ausgeführt, dass der politische Preis von 30 € nicht überschritten werden soll. Dadurch ist absehbar, dass die Stadt Feuchtwangen schon beim Verkauf der Flächen drauf zahlt. Der Verkaufspreis dürfte jedoch selbst mit 30 Euro kaum konkurrenzfähig sein und selbst über den angestrebten Preisen in Dombühl liegen.

Als Fazit sehen wir fünf zentrale Kritikpunkte.

- Eine umfassende Kostenschätzung liegt selbst im Januar 2011 nicht vor. Das Projekt wurde und wird trotzdem weiter vorangetrieben. Unsere Anfrage vom 5.8.2010 wurde erst nach 6 Monaten beantwortet. Weshalb diese Zeitverzögerung eintrat ist dem Schreiben nicht zu entnehmen. In der Zwischenzeit wurden mehrere wichtige Entscheidungen getroffen. Den Entscheidungsträger sind jedoch bis heute die Kosten des Projektes nicht bekannt.

- Mit Bestürzung stellen wir fest, dass neben unserer Fraktion bisher lediglich die Gemeinde Dombühl und einzelne Gemeinderäte aus Schnelldorf diesen Umstand kritisiert haben. Die restlichen Gemeinden und die Stadt- und Gemeinderatsmitglieder halten diesen entscheidenden Mangel an Information nicht für kritikwürdig. Angesichts der angespannten Haushaltslage unserer Stadt, des Landkreises Ansbach und der meisten Kommunen des Zweckverbandes ist dies aber mehr als fahrlässig.
- Die Antwort von Herrn Bürgermeister Ruh auf unserer Schreiben enthält wichtige Angaben zu den Kosten (s. Antworten 1 und 2). Allerdings werden zentrale Kosten des Projektes heraus gerechnet (Gleisanschluss, Abwasserentsorgung, Lärmschutz, weitere nötige Straßenbauprojekte). Diese Kosten sind in einem Zusammenhang zu sehen, da es sich in ihrer Gesamtheit um Steuermittel handelt, mit denen sorgsam umgegangen werden muss. Erst eine Gesamtkostenschätzung kann aufzeigen, wie hoch die Kosten insgesamt sind, wie hoch die Kosten pro Arbeitsplatz werden, wie hoch die Belastung für die Gemeinden ausfallen wird. Diese Zahlen sind überfällig.
- Bei der Erstellung des Lärmschutzgutachtens wurden realitätsferne Grundlagen angenommen. Die Lärmberechnung bezeichnen wir deshalb als geschönt. Zu Lasten der angrenzenden Bewohner soll hier gespart werden, um die Preise für potentielle Investoren niedrig zu halten.
- Zentrale Merkmale des Projektes (Gleisanschluss, Autobahnanschluss) wurden aus der Planung genommen bzw. sollen von den Investoren realisiert werden. Insofern ist es mehr als fraglich, ob diese jemals realisiert werden. Der Zweckverband hat es nicht mehr in der Hand.

19.1.2011

(6 Tage nach Erhalt des Antwortschreibens)

Martin Stümpfig
Joachim Gutekunst

Stellvertretend für die Stadtratsfraktion von Wir für Feuchtwangen / Bündnis 90 Die Grünen